



Helmut Landsiedel
Fraktionsvorsitzender

Christina Musculus-Stahnke
stv. Fraktionsvorsitzende

Silke Jürgensen
stv. Fraktionsvorsitzende

Wolf-Dietmar Brandtner
Ratsherr

Presseinformation

Nr. 14/2012 Kiel, 15. März 2012

Redebeitrag - Es gilt das gesprochene Wort!

Oberbürgermeister Albig

Die Stadt kann sich eine Ohnmacht der Verwaltungsspitze nicht leisten

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung sagt der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, in der Debatte zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE „Neuwahl eines Oberbürgermeisters“ (TOP 11.3):

„Heute vor drei Jahren haben die Kieler Bürgerinnen und Bürger einen OB gewählt – im Vertrauen, dass dieser, wie versprochen, sein Amt für sechs Jahre ausübt. Dass sich dieser OB nun verabschiedet und ein neues Amt anstrebt, ist nicht zu kritisieren – dieses Recht hat er, wie jeder andere Bürger oder Bürgerin auch.

Wir haben im Februar 2011, als Herr Albig zum Spitzenkandidaten der SPD zur Landtagswahl gewählt wurde, und im November 2012, als die Zeitschiene zur Neuwahl bekannt wurde, den OB öffentlich aufgefordert, von seinem Amt zurück zu treten. Wir sind davon überzeugt, dass diese lange Vakanz in der Verwaltungsspitze dieser Stadt schadet. Das ist der Grund für unsere Forderung. Ein Blick auf die geschrumpfte Mannschaft zeigt doch deutlich, dass diese Verwaltung über Monate nur beschränkt handlungsfähig ist.

Man kann auch nicht sagen, dass die bisherige Bilanz des Oberbürgermeisters berauschend sei und wir uns ruhig ein Jahr oder halbes Jahr diese Ohnmacht der Verwaltungsspitze leisten können. Ganz im Gegenteil: der Schuldenberg wächst, dringende Sanierungen im Bereich der Schulen, des Sports und der Sicherheit werden dieser Stadt noch mehr abverlangen – und was sind die Antworten: Neue Millionenprojekte wie der Tümpel, der alles andere ist als ein Kanal – und einen Oberbürgermeister auf Abruf!

Der Antrag der Linken ist jedoch in keiner Weise zielführend, weder vom Zeitpunkt noch inhaltlich. Auch wenn wir den Rücktritt in der Vergangenheit gefordert haben, so können wir weder zu diesem Zeitpunkt noch in der Forderung diesem Zeitplan zustimmen. Wir werden uns deshalb enthalten.“

V. i. S. d. P.

Peter Helm
Fraktionsgeschäftsführer